

ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

GERSTORFER













Weitere Infos zu allen in dieser Broschüre angeführten Zahlen, Daten und Fakten findest du auch auf den Websites der Arbeiterkammer, der Industriellenvereinigung, des Landes Oberösterreich, der Statistik Austria, der OECD sowie des AMS.









Jetzt geht es um den Ausbau der öffentlichen Beschäftigung in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Justiz und Bildung.
Alle in Oberösterreich sollen einen 1.000 Euro-Gutschein für die lokale
Wirtschaft bekommen. Derzeit gibt es 40.000 Neubauten pro Jahr in Österreich.
Aber nur 1,8% bzw. 716 Neubauten können als günstig bezeichnet werden. Eine soziale Wohnbauoffensive verzehnfacht günstige Wohnungen in nur fünf Jahren.

branche oder die unsicheren Aussichten in der Flugzeugindustrie. Wie wir mit diesen Entwicklungen umgehen, entscheidet über die Zukunft Oberösterreichs als Industriebundesland. Es geht dabei nicht nur um die großen Leitbetriebe (BMW, FACC etc.), nen sondern um viele Zulieferbetriebe, die ihre ziale Ausrichtung und Produktionsweise umstellige len müssen oder sonst keine Perspektive haben.

KONJUNKTURPAKET FÜR OBERÖSTERREICH!

Dringend notwendige Investitionen in Pflege, Kinderbetreuung, Wohnbau, thermische Sanierung rasch umsetzen und dafür 648 Millionen in die Zukunft investieren. Diese Maßnahmen schaffen 12.370 Arbeitsplätze in Oberösterreich. Berücksichtigt man die zusätzlichen Rückflüsse an die öffentliche Hand durch Sozialversicherung und Lohnsteuer, reduzieren sich die Kosten um über 130 Millionen Euro.

MASCHINEN FÜR DEN KLIMAWANDEL!

Oberösterreich ist ein Industrieland. Wir sind stolz auf erfolgreiche und innovative Unternehmen, die in ihren Bereichen an der Weltspitze mithalten können. Die Industrie ist in Oberösterreich eine wichtige Arbeitgeberin. Die Industriellenvereinigung geht davon aus, dass jeder zweite Job in Oberösterreich an der Industrie hängt.

Viele Unternehmen stehen unter doppeltem Druck. Zum einen wegen der Herausforderungen des Klimawandels und dem Ziel, CO2-neutral zu werden bzw. die Emissionen zu senken. Zum anderen gibt es viele neue technische Entwicklungen wie die Umstel-

Ein wirksames Konjunkturpaket für Oberösterreich, das Beschäftigung und Produktion schafft und auf die Herausforderungen des Klimawandels reagiert.

Einrichtung eines Transformationsfonds, um Betriebe in der Corona-Krise und beim Übergang zu neuen Technologien zu unterstützen.

HELFEN WIR DER HEIMISCHEN INDUSTRIE!

lung auf Elektromotoren in der Automobil-

Wir kämpfen für einen Transformationsfonds, der Fabriken zukunftsfit macht und sie nicht alleine im Regen stehen lässt.

Dabei stehen Technologien im Fokus, die einen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise und zur Dekarbonisierung der industriellen Produktion leisten können. ExpertInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft begleiten diese Veränderung, um das Rückgrat unserer Wirtschaft zu stärken und sie in Bezug auf Zukunftspotentiale von Technologien und den Erhalt von Wertschöpfungsketten zu beraten.

Für eine Förderung ist die Einbeziehung der MitarbeiterInnen in die Zukunftsdiskussionen zu gewährleisten und das gemeinsame Interesse aller Menschen in Oberösterreich zu berücksichtigen. Gespeist wird der Transformationsfonds aus Beiträgen der Betriebe – die großen unterstützen die kleinen – und Reiche zahlen einen Beitrag.

Aus öffentlicher Sicht geht es darum, vorhandenes Know-how und Innovations-potentiale sowie die gut ausgebildeten Beschäftigten im Land zu halten. Für die Betriebe geht es um eine Unterstützung für zukunftsfähige Geschäftsmodelle (entlang der Wertschöpfungskette) und diese mit erprobten Partnerunternehmen weiterzuentwickeln und nachhaltig neu auszurichten. Vermögende und Investoren leisten mit der Transformationsabgabe einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft – das sichert ein dynamisches ökonomisches Umfeld.



Ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Sicherung des Industriestandorts Oberösterreich ist die Stärkung der lokalen Wirtschaft. Ein zentraler Hebel sind die Fragen: Wo wird bestellt und wo wird wie produziert.

Das Ziel ist, Wertschöpfung und wirtschaftliche Dynamik in den Regionen zu halten und lokale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Das sichert und schafft Arbeitsplätze. Unsere Vorschläge knüpfen an die Erfahrungen großer Industrieländer an.

Gerade die Frage der Beschaffung im öffentlichen Bereich – vom Essen im Kindergarten bis zum Bett im Krankenhaus – ist entscheidend für die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Dazu gilt es, die europäischen Ausschreibungsrichtlinien auch in diesem Sinne auszulegen. Ökologische (z.B. Herstellung, Verbrauch etc.) und soziale Kriterien (z.B. Arbeitsbedingungen) gehören in den Mittelpunkt.

Die konsequente Umsetzung des BestbieterInnenprinzips anstelle der BilligstbieterInnen stärkt so regionale Wirtschaftskreisläufe. Das Bundesbeschaffungsgesetz genauso wie die europäischen Regelungen bieten grundsätzlich die Möglichkeiten, das umzusetzen. In Oberösterreich und allen Gemeinden soll daher gelten: Nein zu "immer billiger am Rücken der Menschen"; Ja zu "kurzen Wegen und hoher Qualität".

Öffentliche Einrichtungen, landesnahe Betriebe und Institutionen wie Spitäler, Schulen, Feuerwehren etc. gehen voraus. Je mehr Private mitziehen, umso größer wird der Effekt und die Vorbildwirkung für eine Re-Regionalisierung der Wirtschaft und die Stärkung lokaler Kreisläufe. Das sichert Arbeitsplätze in den oberösterreichischen Regionen und kann ein Beitrag gegen die weltweite Ausbeutung sein.

UNSERE OFFENSIVE FÜR DEINE REGION:

- MÖGLICHKEITEN FÜR REGIONALE BESCHAFFUNG durch die richtigen Gesetze. So wird die lokale Wirtschaft gestärkt.
- SOZIAL UND NACHHALTIG so müssen die Gesetze auch auf Landes- und Gemeindeebene sein. Öffentliche Unternehmen sind dabei der Schlüssel (z.B. Energie AG, Gesundheitsholding, Krankenanstalten, Bildungseinrichtungen, Sozialhilfeverbände etc.).
- Aufbau einer <u>BERATUNGSSTELLE DES LANDES FÜR GEMEINDEN</u>, damit diese nachhaltige und regionale Beschaffungsvorgänge umsetzen können. Die zuständigen Abteilungen im Landesdienst personell verstärken.
- **KONSUMGUTSCHEINE** für alle OberösterreicherInnen im Wert von 1.000 € als Prämie für Private zweckgewidmet für den Kauf lokaler, nachhaltiger Güter.
- **Ein BONUS FÜR REPARATUREN** in Wien bereits Realität.
- Unterstützung für die Initiative des Europäischen Parlaments für ein LIEFERKETTENGESETZ.



Die einen haben vor lauter Überstunden kaum noch Freizeit, die anderen suchen wie wild, aber finden keine Arbeit. Zu Beginn der Pandemie war klar: Kurzarbeit sichert Beschäftigung. Die hier gewonnene Erfahrung gilt es zu nutzen. Es braucht ein gefördertes Modell, dass die vorhandene Arbeit besser verteilt. Das Ziel ist klar: Die Rekordarbeitslosigkeit in Österreich senken, die Produktivität steigern und für mehr Freizeit und Wohlstand sorgen.

Die Menschen in Oberösterreich haben unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche. Diesen gerecht zu werden, bedarf einer Perspektive auf eine Arbeitswoche von 32 Stunden – dem Wunsch vieler Eltern.

KÜRZERE ARBEITSZEIT BRINGT ALLEN WAS.

Unser Modell funktioniert so: Wenn vier Personen in einem Unternehmen ihre Arbeitszeit von 40 Stunden auf 32 Stunden reduzieren, wird dafür jemand auf Jobsuche neu eingestellt. Die neue Arbeitskraft übernimmt die Arbeit, das Unternehmen wird vom Staat für zwei Jahre unterstützt.

200.000 Menschen könnten dadurch mehr Freizeit haben, 50.000 Menschen eine neue Arbeit. In Oberösterreich könnten somit 7.500 Arbeitslose sofort eine neue Arbeit finden und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Durch diese Umverteilung spart der Staat Geld, mehr Menschen investieren und der Staat erhält dadurch mehr Steuern.

Für ein Modell, in dem 120.000 Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von 1.700 Euro, 50.000 Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von 2.400 Euro und 30.000 Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von 5.370 Euro ihre Arbeitszeit um 20 Prozent reduzieren und mit der Beihilfe gefördert werden, belaufen sich die Nettokosten auf rund 285 Mio. Euro pro Jahr.

Das wären max. 5.700 Euro zusätzliche Kosten pro Person – für 50.000 Menschen, die wieder eine Arbeit und somit eine Perspektive haben. Das ist eine vergleichsweise geringe Investition zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit.

UNSERE OFFENSIVE FÜR DEINE REGION:

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

durch ein progressives
Solidaritäts-Prämienmodell!

Die Krisen der letzten Jahre – Weltwirtschaft, Klima und Corona – zeigen deutlich: Der Markt alleine kann es nicht.
Gerade die aktuelle Krise zeigt, dass Versorgungssicherheit und Produktqualität in einigen zentralen Bereichen nicht gewährleistet werden.

Im Sinne der Versorgungssicherheit, aber auch um Produktion und Beschäftigung im Land zu halten, braucht es ein Umdenken: Der Industriestandort muss offensiver über neue Formen der Beteiligung, Unterstützung und Steuerung gesichert werden. Klar ist, es braucht eine Industriestrategie zur nachhaltigen Sicherung von Produktion und Beschäftigung über die anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen hinweg.

Es geht darum, die Klimawende zu schaffen, vielen ArbeiterInnen Schutz vor negativen Auswirkungen der Globalisierung bieten zu können und auch vor Ort und in Europa für Produktion und Beschäftigung zu sorgen.

Zudem hat sich im letzten Jahr gezeigt, welch problematischen Folgen Privatisierungen langfristig gesehen haben. Viele Betriebe gehören nun zu transnationalen Konzernen, für die der Standort Österreich nur bedingt Bedeutung hat (siehe z.B. ATB oder MAN). Der aktuelle Handlungsrahmen für den Staat ist stark eingeschränkt: Weder kann man Weichenstellungen für die Produktion der Zukunft vornehmen, noch Abwanderungen endgültig verhindern.

schütten und zu hoffen, dass von den Konzernen in die Nachhaltigkeit des Standorts und die Produkte investiert wird. Damit werden breitere gesellschaftliche Interessen von gewinnorientierten Konzernen und nicht von politischen Entscheidungen mit längerfristigem Horizont getroffen. Wir lernen daraus: Innovative Standort- und Industriepolitik braucht demokratische Eigentumsverhältnisse.



WIR KÄMPFEN FÜR

VERNÖGEN INNOMEN!

UNSERE OFFENSIVE FÜR DEIN VERMÖGEN:

Oberösterreichische Beteiligungsholding analog zu "Stolz auf Wien" schaffen.

Reform des Genossenschaftsrechts zur Förderung von gemeinwirtschaftlichen Aktivitäten.

Mehr Wirtschaftsdemokratie: Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben durch fixe Verankerung der Einbeziehung von Beschäftigten in strategische Unternehmensentscheidungen.

Belegschaftsrechte für Betriebsübernahmen einführen.

Im Krisenfall Eigentumsverhältnisse verbreitern und auch öffentliche Übernahmen in Betracht ziehen.

500.000 Menschen haben keine Arbeit, Österreich eine Arbeitslosenquote von rund 10 Prozent. Diese Zahlen bedeuten: Massenarbeitslosigkeit in Österreich, Schicksalsschläge für Familien und ganze Regionen. Seit dem 2. Weltkrieg hat es das nicht mehr gegeben. Das ist ein unerträglicher Zustand, an den wir uns nicht gewöhnen dürfen.

Die Corona-Krise ist ein Brennglas. Sie veranschaulicht die Schwachstellen unseres Wirtschaftssystems und des Arbeitsmarkts. Der hohe Anstieg der Arbeitslosigkeit trifft benachteiligte Gruppen zusätzlich: Jugendliche, Frauen, Migrantlnnen sind die großen VerliererInnen. Es sind vor allem die Menschen, die unsichere, a-typische oder schlecht bezahlte Arbeit haben.

Wer seine Arbeit verliert, bekommt nur 55% des Letztbezugs. Viele Betroffene drohen in die Armut abzurutschen. Fast jede/r Zweite der aktuell Langzeitarbeitslosen ist armutsgefährdet. Das ist nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Problem. Wenn vielen Menschen mangels Einkommen die Möglichkeit fehlt Geld auszugeben, bricht der Konsum ein – und das erschwert in der Krise die wirtschaftliche Erholung. Viele Menschen und Branchen leiden unter den Folgen der Lockdowns. Es ist entscheidend, dass hier rasch gehandelt und das Arbeitslosengeld auf zumindest 70% des Letztbezugs erhöht wird. Das verbessert den Lebensstandard sowie die Kaufkraft der Betroffenen und schützt vor Armut.

Das zusätzlich notwendige Geld fließt direkt in den Konsum und kurbelt die Wirtschaft an. Menschen, die ohnehin knapp bei Kasse sind, werden das zusätzliche Einkommen direkt für die Lebensführung ausgeben. Das zeigt, wie notwendig und vernünftig die Anhebung des Arbeitslosengeldes auf zumindest 70% des Letztbezugs ist.

SOZIALHILFE REPARIEREN!

In Oberösterreich beziehen 9.000 Menschen Sozialhilfe. Mit dem Übergang von der bedarfsorientierten Mindestsicherung zur Sozialhilfe gingen viele Verschlechterungen für die Betroffenen einher. So wird die Wohnbeihilfe in Oberösterreich auf die Leistung der Sozialhilfe angerechnet. Politisch unverständlich, da zuerst eine umfassende Bedarfsprüfung bei der Zuerkennung der Wohnbeihilfe durchgeführt wird – und dann wird diese bei der ebenfalls bedarfsgeprüften Sozialhilfe wieder abgezogen. Zusätzlich zu den Verwaltungskosten bleibt da nur der Frust für die leidgeprüften AntragstellerInnen von Sozialhilfe-Leistungen über.

Noch dicker kommt es für Personen, die bisher den Freibetrag der Zuverdienstgrenze nutzen konnten. Das neue Sozialhilfegesetz sorgt nun dafür, dass die kleine Entschädigung für Tätigkeiten (z.B. im Wasch- und Bügelservice) von der Sozialhilfe abgezogen wird. Neben dem finanziellen Verlust, mit dem bisher kleine persönliche Ausgaben abgedeckt werden konnten, sinkt natürlich auch die Motivation, sich an den wichtigen Angeboten der Arbeitsmarkteinrichtungen zu beteiligen.

Es entsteht Schaden auf allen Ebenen.
Ähnlich ist es mit der Anrechnung des
Pflegegeldes, das pflegende Angehörige
beziehen. Auch das wird auf den Bezug der
Sozialhilfe in Oberösterreich angerechnet.
Deshalb fordern wir eine rasche Neuverhandlung des OÖ-Sozialhilfegesetzes.
Gerade in Zeiten der Pandemie und der
wirtschaftlichen Krise ist eine armutsfeste
soziale Absicherung für alle Menschen in
Oberösterreich dringend notwendig.



WIR KÄMPFEN FÜR VOLLBESCHAFTIGUNG UND AUSKOMMEN

Besonders besorgniserregend ist die hohe Anzahl an Langzeitbeschäftigungslosen, Monat für Monat gibt es ein Rekordhoch. Das Risiko, mehr als ein Jahr lang ohne fixe Stelle zu sein, steigt mit zunehmendem Alter. Mehr als die Hälfte der Langzeitbeschäftigungslosen ist älter als 44 Jahre. Ein neues Phänomen ist, dass auch junge Menschen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

Langzeitbeschäftigungslosigkeit bedeutet für die Betroffenen einen Einkommensverlust und in der Folge ein hohes Armutsrisiko; eine Einschränkung der sozialen Kontakte und eine Verschlechterung der Gesundheit. Die negativen Folgen sind lange danach spürbar – auch Monate und Jahre, nachdem eine neue Arbeit gefunden wurde. Es entstehen "Narben", und die bleiben oft ein ganzes Leben lang. Die Statistik (Soziales Survey Österreich 2016) zeigt, dass Personen, die schon früh mit Arbeitslosigkeit konfrontiert waren, ihr Leben lang um fast 400 Euro weniger im Monat verdienen als jene, denen nie die Arbeit genommen wurde.

Vor dem Hintergrund hoher und weiter steigender Langzeitbeschäftigungslosigkeit braucht es eine umfassende Jobgarantie. Das ist ein sinnvolles Instrument, um Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen zu schaffen, die ansonsten keine Chance mehr bekommen. Um das umzusetzen, finanziert der Staat Arbeitsplätze, die uns allen dienen – anstatt nur Arbeitslosengeld auszuzahlen.

Das vereint zwei Ziele einer klugen Arbeitsmarktpolitik:

NEUE JOBS UND KEINE ARMUT.

Finanziert durch den Bund und organisiert durch die Gemeinden können so viele sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten zum Ausbau von dringend benötigter öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen geschaffen werden.

WIR SICHERN DAMIT DAS RECHT AUF ARBEIT:

Der Zugang zu Erwerbsarbeit und die damit verbundenen positiven Erfahrungen werden nicht ausschließlich "dem Markt" überlassen. Die öffentliche und gemeinnützige Wirtschaft übernimmt in Zeiten, wo es zu wenig Arbeit gibt, eine aktive Rolle als Beschäftigungsgeberin.

Um gute Projekte umzusetzen – wie es international und in Österreich viele gute Beispiele gibt – gilt es, Bevölkerung, Regionalpolitik sowie ExpertInnen aus Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer sowie dem AMS einzubeziehen. Die österreichischen Gemeinden beschäftigen aktuell 77.000 Gemeindebedienstete, hinzu kommen noch viele Arbeitsplätze in gemeindeeigenen Gesellschaften und Gemeindeverbänden.

Der Bedarf für einen weiteren Ausbau der kommunalen Infrastruktur ist insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Pflege hoch. Auch zur Bewältigung der Corona-Gesundheitskrise (z.B. Contact Tracing, Teststraßen, Hilfskräfte in Schulen, Anmeldungen und Koordination der Impfungen und viele andere Tätigkeiten in gemeinnützigen Vereinen oder Organisationen) ist dringend Personal gefragt.

Die Schaffung sinnvoller Arbeitsplätze braucht Vorlaufzeiten und Strukturen. Gerade deshalb war das Ende der Aktion 20.000 ein gravierender Fehler von Schwarz-Blau, der tausenden Familien die Perspektive geraubt hat und sich heute bitter rächt. Angesichts der hohen Langzeitarbeitslosigkeit braucht es rasch einen Stufenplan mit einem klaren Ziel: Wir schaffen im Rahmen der Jobgarantie in den nächsten 3 Jahren 40.000 Jobs (9.000 in OÖ).

Im Jahr 2021 sollte jene Beschäftigungslosengruppe mit der geringsten Übergangswahrscheinlichkeit in Erwerbstätigkeit vorrangig Zugang dazu haben. Es geht hier um Langzeitbeschäftigungslose ab 45 Jahren.





UNSERE OFFENSIVE FÜR DEINE VOLLZEITBESCHÄFTIGUNG:

Wir fordern eine

JOBGARANTIE

als Recht auf Arbeit für die über 100.000 langzeitbeschäftigungslosen Menschen.

Es gilt auch in Oberösterreich, kluge

PILOTPROJEKTE

wie MAGMA (Jobgarantie in Gramatneusiedl, AMS NÖ) rasch anzugehen und die Jobgarantie umzusetzen.

Du hast weitere Ideen, andere Vorschläge oder zu unserer Offensive ein paar Fragen? Birgit Gerstorfer und das Team der SPÖ OÖ sind gerne für dich erreichbar:

birgit.gerstorfer@spoe.at



UNSERE OFFENSIVE FÜR ARBEIT UND PRODUKTION:

WIR KÄMPFEN FÜR KLIMA & ARBEIT!

Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Konjunkturpaket

WIR KÄMPFEN FÜR DIE WELT & DIE REGIONEN!

Konsumgutscheine und Lieferkette

WIR KÄMPFEN FÜR WOHLSTAND & LEBENSQUALITÄT!

Neue Arbeitsplätze, kürzere Arbeitszeit

WIR KÄMPFEN FÜR VERMÖGEN & EINKOMMEN!

Mitsprache bei Förderungen für Firmen

WIR KÄMPFEN FÜR PERSPEKTIVEN & BETEILIGUNG!

Höheres Arbeitslosengeld, funktionierende Beihilfen

WIR KÄMPFEN FÜR VOLLBESCHÄFTIGUNG & AUSKOMMEN!

Jobgarantie und innovative Pilotprojekte

DU WILLST UNSERE FORDERUNGEN UNTERSTÜTZEN? DAS GEHT UNTER:



OFFENSIVE.SPOOE.AT ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.